



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP. Die Liberalen



Wintersession des Nationalrates:

Die neuen Bundesräte standen im Zentrum

Thürnen, 20. Dezember 2022

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Wahl von zwei neuen Mitgliedern der Landesregierung ist selten, umso mehr, wenn sie von den Polparteien kommen. In der medialen Debatte geht gerne vergessen wie ernst wir Parlamentarier die Auswahl nehmen, denn schliesslich überantworten wir den Bundesräten die Führung der Verwaltung und deren Kontrolle. Die Magistraten prägen unser aller Zusammenleben und unser Wohlergehen jeweils für etliche Jahre.

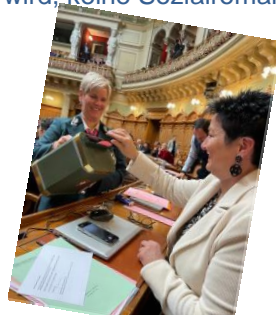
Die Bundesratswahl stand im Zentrum

Dass Albert Rösti im ersten Wahlgang mit einem sehr guten Resultat – er erhielt 131 von 245 Stimmen – gewählt wurde, war für mich keine Überraschung. Albert Rösti integriert und man darf von ihm konstruktive und sachliche Politik erwarten.

Bei der Wahl der SP-Bundesrätin rechnete ich hingegen schon im Vorfeld mit mindestens zwei Wahlgängen. Dass es schlussendlich Elisabeth Baume-Schneider geschafft hat, war für viele eine Überraschung. Die Reaktionen gerade aus unserer Region waren vielfältig. Die Enttäuschung konnte ich verstehen – es ging mir gleich - galt doch die Basler Ständerätin Eva Herzog bis kurz vor der Wahl als Favoritin.

Nach der Wahl folgte die Departementsverteilung – in anderen Demokratien dauert die Bildung einer neuen Regierung jeweils Wochen. Ein tolles Zeichen, wie gut unser System funktioniert, sodass unsere Bundesräte in nur zwei Stunden parat waren und die Öffentlichkeit informiert haben.

Neu ist das Finanzdepartement wieder in freisinniger Hand. Es freut mich ausserordentlich, dass unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter in den kommenden Jahren mit unserer Unterstützung für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt kämpfen wird. Nach 28 Jahren bei Mitte-Links kommt auch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK zu Albert Rösti und damit endlich wieder in bürgerliche Hände. Elisabeth Baume-Schneider verantwortet unter anderem die Flüchtlingspolitik, sie ist eine Sozialarbeiterin und ich hoffe, wir werden hier sehen, dass ihre Praxiserfahrung helfen wird, keine Sozialromantik zu betreiben.



13. AHV-Rente: Woher soll das Geld kommen? ([22.043](#))

Kürzlich haben wir über eine moderate AHV-Revision abgestimmt. Sie sichert unser wichtigstes Sozialwerk für die nächsten zehn Jahre. Und schon kommen neue Begehrlichkeiten: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert mittels Volksinitiative eine 13. AHV-Rente unter dem Titel «Für ein besseres Leben im Alter». Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen würde dadurch weder reduziert noch verloren gehen.

Eine 13. Rente nach dem Giesskannenprinzip ohne Berücksichtigung der Bedürftigkeit würde im Jahr 2032 Mehrausgaben von jährlich fünf Milliarden Franken bedeuten. Zu finanzieren wäre dies mit zusätzlichen Lohnabzügen von 0,8 Prozent oder einer nochmaligen Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,1 Prozent. Gemäss aktuellen Hochrechnungen droht der AHV schon ohne die 13. Rente im Jahr 2032 ein Umlagedefizit von 4,7 Milliarden Franken. Angesichts dieser Aussichten braucht die AHV stattdessen Massnahmen, um ihre Stabilität für die Zukunft zu sichern. Das Begehren hatte schon in der vorberatenden Kommission keine Chance. Im Nationalrat unterlag die Initiative mit 123 zu 67 Stimmen deutlich. Bedürftige Rentnerinnen und Rentner haben auch ohne 13. Rente die Möglichkeit, Ergänzungsleistungen zu beantragen.

Doppelspurausbau im Laufental kommt ([22.4032](#))

Vor gut zwei Jahren gelangte ich mit einer Interpellation an den Bundesrat, um eine Erklärung für die Verzögerungen beim Doppelspurausbau zu erhalten. Mittlerweile ist der Baustart für Frühling 2023 geplant. Doch eine Totalsperrung kann offenbar nicht verhindert werden. Ende September doppelte ich nach und wollte mehr über die Massnahmen rund um die vorgesehene Totalsperre wissen. Aus der Antwort des Bundesrats geht hervor, dass sich die SBB den Bedürfnissen der Reisenden annimmt. Fakt ist, dass eine Totalsperre während rund fünf Monaten aufgrund der engen Platzverhältnisse zwischen Hang und Birs nicht zu vermeiden ist. Ein dichter Takt von Bahnersatzbussen zwischen Aesch und Laufen sowie ein ebenso dichter Shuttlezug-Takt zwischen Aesch und Basel während der Totalsperre hält die Unannehmlichkeiten in Grenzen, jedoch wird dies kaum ausreichen. Die SBB wird zusammen mit den Kantonen und den Transportunternehmen im Laufe des kommenden Jahres ein detailliertes Konzept erstellen. Nun ist der Regierungsrat am Zug. Es gilt den Druck vor allem beim Kanton hoch zu halten. Insbesondere muss der Regierungsrat auf eine kluge Koordination und Kommunikation mit den umliegenden Gemeinden achten.

Sozialpartnerschaft schützen ([20.4738](#))

Die Einführung von Mindestlöhnen in bisher fünf Kantonen belastet die bewährte Sozialpartnerschaft (so zum Beispiel auch im Kanton Basel-Stadt). Der Ärger ist gross, denn solche kantonalen Bestimmungen hebeln die Allgemeinverbindlichkeit von landesweiten Gesamtarbeitsverträgen aus. Mit seiner Motion vom Dezember 2020 verlangt der Obwaldner Ständerat Erich Ettl, dass die Bestimmungen von allgemein verbindlich erklärt werden.

Gesamtarbeitsverträgen zu Mindestlohn, 13. Monatslohn und Ferienansprüchen anderslautenden Bestimmungen von Kantonen vorgehen.

Der Bundesrat sowie eine Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben befürchten, dass es aus staatspolitischen Gründen problematisch ist, Gesamtarbeitsverträge dem kantonalen Recht vorzuziehen. Dabei geht jedoch vergessen, dass die Motion ausschliesslich vom Bundesrat für allgemeinverbindlich (ave) erklärte Gesamtarbeitsverträge (GAV) betrifft. Diese ave GAV sind nicht nur Vereinbarungen zwischen Privaten, sondern aufgrund eines Beschlusses des Bundesrates für die gesamte Branche verbindlich. Geregelt ist die Allgemeinverbindlicherklärung im Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG). Zudem bleiben die Kernanliegen von angenommenen kantonalen Mindestlohninitiativen unangetastet, sollten ave GAV ausgenommen werden. Aus diesem Grund hat der Ständerat sowie wir als Mehrheit der nationalrätlichen WAK zusammen mit 27 Branchen-Organisationen und -Verbänden diesem Anliegen zugestimmt. Zum Schluss hat auch der Nationalrat zugestimmt und der Bundesrat hat nun eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Drei Viertel für die Kantone ([22.036](#))

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD verlangt, dass die Gewinne von grossen Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro pro Jahr mit mindestens 15 Prozent besteuert werden. Diese Regelung wird auch in der Schweiz zu Steuer-Mehreinnahmen für Bund und Kantone führen. Streitpunkt zwischen National- und Ständerat war die Höhe des Anteils den die Kantone erhalten werden. Die Kantonsvertreter, aber auch meine Kommission, die WAK-N, plädierte für 75 Prozent Kantonsanteil. Der Nationalrat hingegen hielt 50 Prozent und einen Sockel von CHF 400/Einwohner für angemessen. Schliesslich obsiegte in einem harten Ringen die Version des Ständerats, welche auch vom Bundesrat zusammen mit den Kantonen ausgehandelt wurde. Die durch die höheren Steuern sinkende Attraktivität des Standorts Schweiz können die Kantone effizienter und wirksamer ausgleichen als der Bund, so meine Meinung und die der Mehrheit. Mit dem höheren Kantonsanteil steigt automatisch auch das Umverteilungsvolumen im Finanzausgleich. Da es sich bei der OECD-Mindeststeuer um eine Verfassungsänderung handelt, braucht die Vorlage noch die Zustimmung von Volk und Ständen. Die Abstimmung darüber ist für den 18. Juni 2023 geplant.

Gleich lange Spiesse für Hotels in Städten – Fortsetzung ([22.3021](#))

Mein Engagement zugunsten einer Gleichbehandlung von privaten, familiengeführten Hotelbetrieben in Städten und Agglomerationen hat sich gelohnt. Nach dem Nationalrat im Juni dieses Jahres hat nun auch der Ständerat meiner Motion deutlich zugestimmt. Der Bundesrat lehnte die Gesetzesänderung ab. Neu darf die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) rückzahlbare Darlehen an Familienbetriebe in der ganzen Schweiz, und nicht nur an jene in Tourismusgebieten und Badekurorten, gewähren. Die kleinen und mittleren Betriebe in den

Grosstädten haben unter den Folgen der Pandemie ebenso gelitten und stehen heute vor den gleichen Herausforderungen wie jene in den Fremdenverkehrsregionen.

2023 wird ein Super-Wahljahr

Das Jahr 2023 verspricht als Wahljahr politische Spannung. Im Februar wählt der Kanton Basel-Landschaft eine neue Regierung, und auch der Landrat wird neu bestellt. Im Oktober stehen die eidgenössischen Wahlen an. Es wird ein anspruchsvolles Jahr. Ich starte voller Zuversicht und Freude in den Wahlkampf. Ich weiss, dass wir hier gemeinsam punkten werden – wenn ich wieder auf die Unterstützung meiner Familie, Bekannten, Freunde, der Partei und Ihnen allen zählen darf, dann werden wir es gemeinsam packen!

2022 war ein schlimmes Jahr: Nach Corona hat uns nun der Krieg in Europa belastet. Ich bin froh, konnten wir bislang alles gut meistern – auch die Energiekrise. Während in anderen Ländern die Inflation drückt, sind wir gut aufgestellt.

Für die bevorstehenden Festtage wünsche ich Ihnen viel Musse und Besinnlichkeit im Kreise Ihrer Lieben, eine geruhsame Altjahrenswoche und alles Gute fürs neue Jahr.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

